

PLUS

Bündnis eint der gemeinsame Kampf gegen die Armut in Tirol

Mehr als 300 Tiroler Vereine bilden das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“. Sie befragten die Parteien nach ihren Konzepten. Mit überraschenden Ergebnissen.

🕒 Letztes Update am Sonntag, 18.09.2022, 07:15

ARTIKEL

DISKUSSION



Viele müssen jeden Cent umdrehen. Der Umgang mit Armut ist die Reifeprüfung der Demokratie.

© TT/Böhm

Von Alexandra Plank

Innsbruck – Seit 2018 gibt es das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“. Die Bandbreite der darin vertretenen Vereine ist groß, doch ein Ziel eint sie: Der Armut in Tirol soll der Kampf angesagt werden. „Wohnen ist ein ganz zentrales Thema, wenn es um Armutsbekämpfung geht“,

sagt Michael Hennermann vom Verein für Obdachlose. Das sieht auch Peter Grüner vom Dowas so. Julia Schratz vom Dowas für Frauen ergänzt: „Wenn die Menschen Wohnmöglichkeiten haben, die sie sich leisten können, ist die Unterstützung mit anderen Leistungen viel effektiver.“ Schon bei der Landtagswahl 2018 habe es nicht an Bekenntnissen zum leistbaren Wohnen gefehlt, passiert sei indes wenig. Im Gegenteil, die Situation habe sich sogar noch verschlechtert. Daher habe man sich entschlossen, die Kandidaten diesmal schriftlich um ihre Ideen zur Armutsbekämpfung zu bitten. „Damit man sie darauf schon im Zuge der Koalitionsverhandlungen festnageln kann“, sagt Grüner. Tatsächlich habe sich herausgestellt, dass hinsichtlich der Ansätze zur Linderung der Wohnungsnot de facto eine Sechser-Koalition besteht. Die Antworten der einzelnen Parteien in Schlagworten finden Sie rechts, die umfassenden Antworten auf www.buendnis-tirol.at. Die Vereine wollen das als Wahlhilfe verstanden wissen. Bei ihrer Lieblingskoalition legen sie sich fest: „Die besten Ideen zur Armutsbekämpfung, vertreten durch die besten Köpfe.“

Wie bekämpfen Sie die Armut?

- **ÖVP mit Anton Mattle:** Gemeinnützigen Wohnbau forcieren, samt vertraglich gesichertem Vorkaufsrecht für Gemeinden, Vertragsraumordnung in allen Gemeinden, enges soziales Netz, treffsichere Hilfe, Entlastung bei Wohnungs- und Energiekosten, die sehr gute Gesundheitsversorgung für alle erhalten bzw. nachbessern.
- **SPÖ mit Georg Dornauer:** Geförderter Wohnraum in jeder Gemeinde, Strafen für Mietwucher, Anpassung der Mieten an Löhne und Pensionen, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Indexierung von Sozialleistungen, Preisdeckel bei Sprit, Strom, Heizen, Aussetzung Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Wahlarztsystem überdenken, Gesundheitsberufe attraktiver machen.
- **Liste Fritz mit Andrea Haselwanter-Schneider:** Bedarfserhebung zum Wohnen, Ausbau studentischen Wohnens, 10 % der Baulandreserven jeder Gemeinde für geförderten Wohnbau reservieren, Ausbau Kinderbetreuung, Bekämpfung Altersarmut, personelle, finanzielle Absicherung des öffentlichen Gesundheitssystems.
- **Grüne mit Gebi Mair:** Wohnbaugeförderte Wohnungen preislich binden, Ausbau der Delogierungsprävention, Gemeinden müssen für sozialen Wohnbau widmen, mehrjährige, Verträge mit Sozialvereinen, mehr Notschlafstellen, Quote an Kassenpatienten für Wahlärzte, Gesundheitsanwaltschaft als Äquivalent zum Landesumweltanwalt.
- **FPÖ mit Markus Abwerzger:** Zuzug vor allem in die Ballungsräume drosseln, leistbarer Wohnraum für Tirol, Spekulantentum bekämpfen, Leerstand mobilisieren, Schaffung sozialen Wohnraums, zielgerichtetes Sozialsystem, Ende der Sanktionen, Altersarmut bekämpfen,

bedürftigen Tirolern helfen, Kampf gegen Obdachlosigkeit, Härte im Kampf gegen Sozialmissbrauch.

■ **NEOS mit Dominik Oberhofer:** Einführung von Regionalraumordnungskonzepten, keine Umwidmung von Freiland in Bauland bei Baulandüberhang, gemeinnütziger Wohnbau, Vereinfachung Fördersysteme, Kinder- und Jugendpsychiatrie aufstocken, mehr Frauenhäuser, Kassenleistungen erweitern, bessere Bedingungen für Pflege.

Erfreulich sei auch, dass alle Parteien verstanden haben, wie wichtig vor allem eine gute Versorgung der Kinder und Jugendlichen für eine positive Zukunft des Landes sein wird. Bei der Gesundheitsversorgung seien die Ansätze sehr unterschiedlich, die Frage, welche konkreten Schritte zur Bekämpfung der Armut geplant seien, wurde den VertreterInnen des Bündnisses zu „schwammig“ beantwortet. „Man gewinnt den Eindruck, dass die meisten Parteien glauben, dass Armut in einem reichen Land wie Tirol ein individuelles Problem sei“, so Grüner.

Laut Schratz betrifft Armut uns alle als Gesellschaft, sie ist auch kein individuelles, sondern ein strukturelles Problem, wobei manche Personengruppen besonders gefährdet sind: „Es handelt sich vor allem um ältere Menschen, insbesondere Frauen und Tausende Kinder, die von Mindestsicherung leben.“ Es gebe keine einfachen Lösungen gegen Armut, aber jedenfalls zwei Brückenpfeiler: Leistbaren Wohnraum und bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot in Tirol

Gegründet wurde das Bündnis Anfang 2018, als gemeinsam mit einer Novellierung des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes im November 2017 auch eine Wohnkostenverordnung in Kraft trat, die für arme und armutsgefährdete Menschen massive Verschlechterungen bedeutet hat. Daraufhin schlossen sich über 300 Einrichtungen, Institutionen und Dachverbände aus den Bereichen Soziales, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Religion, etc. zusammen, um sich für die Betroffenen dieser Novelle einzusetzen.

Ziele des Bündnisses:

- Armut aus verschiedenen Perspektiven sichtbar machen und Stellung beziehen
- Missstände aufzeigen und Lösungsvorschläge anbieten
- Expertisen einbringen und Entscheidungsträger_innen beraten
- Vernetzung und Empowerment der Mitgliedsorganisationen

Mehr dazu auf der Internetseite: [hier](#)